

Mi. 22 Juni – 18 Uhr Hauptwache-Roßmarkt  
Demonstration gegen die Innenministerkonferenz (IMK)



# Frankfurter Schundschau

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG

Juni 2011 | 1. Jahrgang | Nr. 1 | 0,00 Euro



Bildungsprotest 2010 in Frankfurt a.M. - Einheiten des Innenministeriums versuchen das Demonstrationsrecht außer Kraft zu setzen

## Wir kommen um zu stören

Mittwoch 22. Juni: Innenministerkonferenz auflösen!

FRANKFURT a.M. – Am 22. Juni findet in Frankfurt am Main die Innenministerkonferenz (IMK) 2011 statt, an der die Innenminister aller Bundesländer teilnehmen. Dagegen rufen wir zu massiven Protesten auf. Denn die IMK ist eine der zentralen Institutionen, die heute die Kriminalisierung sozialer Konflikte vorantreibt und öffentlich legitimiert. Mit der Einschränkung des Versammlungsrechts, „Loyalitätstests“ für EinwanderInnen, der Ausweitung der Befugnisse von Polizei und Verfassungsschutz wie z.B. der Vorratsdatenspeicherung, der brutalen Abschottung Europas gegen MigrantInnen, der Propagierung der Extremismustheorie, usw. wird von staatlicher Seite aktuell auf sozialen Konflikte reagiert. Die medialen Kampagnen zu „Kriminalität“ und „innerer Sicherheit“ wollen uns glauben machen, dass die Aufrüstung des Staatsapparats nach Innen und Außen unser aller Interesse ist. In Wirklichkeit dient sie dazu, die kapitalistische Verwertungslogik und die fortschreitende Ökonomisierung aller Lebensbereiche abzusichern und den Widerstand

dagegen zu kontrollieren. Alle Bereiche der Gesellschaft sollen dem Ziel der nationalen Standortkonkurrenz im globalen Wettbewerb untergeordnet werden. Das zeigt sich auch deutlich in der aktuellen Integrationsdebatte: Menschen werden nach rassistischen und sozialdarwinistischen Kriterien entsprechend ihrer Herkunft und anhand ihrer ökonomischen Verwertbarkeit sortiert. Wer nicht verwertbar ist oder sein will, wird ins Elend abgeschoben oder gar nicht erst nach Europa herein gelassen. Gesellschaftliche Teilhabe, globale Bewegungsfreiheit und demokratische Mitbestimmung gelten hier nicht als unveräußerliche soziale Rechte, sondern als großzügige Zugeständnisse, die mensch nur um den Preis erhalten soll, dass er/sie sich immer wieder als ökonomisch verwertbar und politisch loyal beweist. Rechtspopulisten wie Thilo Sarrazin greifen bloß verbal auf, was schon längst politische Praxis in Deutschland ist.

Doch es regt sich Widerstand. In vielen Bereichen des gesellschaft-

lichen Lebens kommt es immer öfter zu Konflikten. Von Abschiebung Bedrohte, Azubis, SchülerInnen, Studierende, Erwerbslose, Lohnabhängige und MigrantInnen entziehen sich europaweit dem staatlichen Anspruch einer autoritären Zurichtung der Bevölkerung.

Sie umgehen unter Lebensgefahr die Grenzkontrollen von Frontex und Co., sie verweigern sich den brutalen Kürzungspaketen für den Standort Europa, sie boykottieren in zivilgesellschaftlichen Initiativen den Bekenntniszwang des Verfassungsschutzes und sie tricksen die staatlichen Überwachungstechniken aus – im virtuellen Raum oder auch im Real Life, in den Arbeitsagenturen und Universitäten. All diese verschiedenen Proteste und Widerstandsformen verweisen dabei auf die Möglichkeit einer gemeinsamen Forderung: Die gesellschaftlichen Verhältnisse haben sich nach den Bedürfnissen der Menschen zu richten, nicht nach den Kriterien von wirtschaftlichem Profit und staatlicher Macht. Stattdessen soll die Organisation der

Gesellschaft von den Menschen selbst bestimmt sein.

Um wirklich etwas zu verändern, müssen wir genau dies als gemeinsames Ziel formulieren und erkämpfen. Wir wollen daher die IMK in Frankfurt zum Kristallisationspunkt eines grenzüberschreitenden Widerstands gegen soziale Ausgrenzung, ökonomische Verwertung und staatliche Disziplinierung machen.

Statt einer weiteren Kriminalisierung sozialer Konflikte wollen wir eine solidarische Einrichtung der Gesellschaft, anstelle der Ökonomisierung unseres Lebens wollen wir eine Demokratisierung aller Lebensbereiche.

Wenn diese bescheidenen Bedürfnisse die „innere Sicherheit“ des Standorts Deutschland stören, dann stören wir gerne.

**Wir kommen um zu stören – IMK auflösen!**

**22. Juni, 18 Uhr, Hauptwache-Roßmarkt, Frankfurt a.M.**

### Infos

#### Tatort Flughafen

Das Abschieberegime stoppen!  
Aufruf zur Demonstration im Terminal I des Frankfurter Flughafens:

Montag, 20. Juni 2011 um 18 Uhr im Bereich B – Abflug.

Infos: [rhein-main.antira.info](http://rhein-main.antira.info)

#### Demonstration

Wir kommen um zu stören – IMK auflösen!

Mittwoch, 22. Juni um 18 Uhr an der Hauptwache - Roßmarkt, Frankfurt a.M.

Infos: [imkaufloesen.blogspot.de](http://imkaufloesen.blogspot.de)

#### Was ist die IMK?

Die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder, kurz Innenministerkonferenz (IMK), ist eine regelmäßige Konferenz der deutschen Innenminister und Innensenatoren der Länder. Daran nimmt als Vorsitzender der IMK auch der deutsche Bundesinnenminister Boris Rhein teil. Normalerweise tagt die IMK zweimal im Jahr.

Die Konferenz ist in sechs Arbeitskreise aufgeteilt. AK I beschäftigt sich vor allem mit Ausländer- und Asylrecht, der AK II mit der Terrorismusbekämpfung und der Organisation der Polizei und der AK IV mit den Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

Im Jahr 2006 wurde der Bundesinnenministerkonferenz der Negativpreis Big Brother Award für die Einrichtung einer zentralen Antiterrordatei verliehen.

#### EA Frankfurt

Während der Proteste gegen die IMK wird uns der Ermittlungsausschuss Frankfurt zur Verfügung stehen. Der Telefondienst richtet sich an Menschen, die in festgenommen wurden oder die eine Festnahme oder Übergriffe durch die Polizei beobachtet haben.

0160- 95 65 74 26

Infos: [ea-frankfurt.org](http://ea-frankfurt.org)

## Integration

Ein Angebot, das man nicht ablehnen kann?

Der Ton wird rauer, die Politik verrückter und die Aussichten immer brutaler. Es gibt allen Grund, sich gegen diese Zumutungen zu wehren. Stattdessen wird im Hamsterrad der Konkurrenz nach unten getreten. Sichtbar wird dies im aktuell grassierenden Sozialchauvinismus und Rassismus. Mit beiden Ideologien

fordern und fördern die bedrängten Menschen ihre eigene Integration in die kapitalistische Verwertung. Sie erhöhen so auch den Druck aufeinander.

Vielen Dank für die Blumen!  
Wir verzichten gern auf Integrationsbambis und eure Erziehung zum

Mitmachen. Den Zwängen der kapitalistischen Ordnung kann sich zwar niemand einfach entziehen, es gibt aber auch keinen Grund, sie für legitim zu halten. Die kläglichen Privilegien der so genannten freien Welt sind ohnehin nur durch den Ausschluss der Anderen möglich. In dieser Weltordnung geht es allen schlecht. Manchen allerdings auf hohem Niveau.

Am 22. Juni findet in Frankfurt am Main die Innenministerkonferenz (IMK) 2011 statt, an der die Innenmi-

nister aller Bundesländer teilnehmen. Im Rahmen unserer Kampagne „Vielen Dank für die Blumen – Gegen Integration und Ausgrenzung“ rufen wir zu Protesten auf. Die IMK ist eine zentrale Institution, um festzulegen wie und zu welchen Bedingungen die „Integration“ in das „Team Deutschland“ bewerkstelligt werden kann. Integration bedeutet dabei: Wer in den Genuss sozialer und bürgerlicher Rechte kommen will, muss dem Staat auf die eine oder andere Art

und Weise seine Nützlichkeit unter Beweis stellen. Die Aufdringlichkeit dieses Angebotes zeigt ein Blick auf die Flüchtlinge im Mittelmeer: Es gibt etwas schlimmeres, als die Forderung nach der Einpassung ins nationale Kollektiv: nämlich diese Aufgabe gar erst nicht gestellt zu bekommen. Hier bereits wird deutlich, dass Integration und Ausgrenzung zwei Seiten der gleichen Medaille sind. Deswegen ist klar: Integration ist eine vergiftete Einladung, die wir gerne ausschlagen.

## ÜBERSICHT



## YOU CAN'T

... control 82 million people without making a few enemies

Die Innenministerkonferenz ist nicht nur Symbol für repressive Sicherheitspolitik, sie ist Motor einer Verschärfung von Landes- und Bundesrecht zur Überwachung der Bevölkerung. Die Sicherheitsgefahr durch Terrorismus ist regelmäßig Kernpunkt der Konferenz.

... criminalize 26.000 people without making a few enemies

Schon vor der IMK wird Angst vor Flüchtlingen geschürt, die angeblich aus Nordafrika nach Sachsen kommen könnten. Damit sollen rassistische Sondergesetze gerechtfertigt werden.

... deport 10.000 people without making a few enemies

Über 10.000 Menschen werden pro Jahr gegen ihren Willen aus Deutschland abgeschoben. Allein vom Frankfurter Flughafen sind es über 3.000 Menschen pro Jahr. Die Innenministerkonferenz spielt eine zentrale Rolle bei der Verschärfung von rassistischen Sondergesetzen.

... expel 25.000 people without making a few enemies

Die Bekämpfung von sogenanntem Linksextremismus ist immer wieder Thema bei der Innenministerkonferenz. Der präventive und anlasslose Einsatz von Spitzeln gegen Studierende, wie an der Uni Heidelberg, ist nur ein Beispiel für die praktischen Auswirkungen der auf der Konferenz vertretenen Ansichten zum Kontroll- und Überwachungsstaat.

## Über uns

Diese Zeitung wird herausgegeben vom "Bündnis IMK auflösen!" Den Titel Frankfurter Schundschau haben wir dem Teil der FR Belegschaft gewidmet, der sich 2008 nicht am Arbeitskampf beteiligt hat, um die Zerschlagung der Belegschaft - durch Entlassungen, Nutzung der Niedriglohnfirma "FR-Design GmbH" und durch Outsourcing - zu verhindern.

## Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Sie halten eine ganz besondere Zeitung in den Händen. Anlässlich der von 21. - 22. Juni in Frankfurt tagenden Innenministerkonferenz haben sich verschiedene Gruppen, die sich seit vielen Jahren für eine Welt ohne Rassismus, Ausgrenzung, ökonomische Ausbeutung und für eine Demokratisierung der Gesellschaft einsetzen, entschlossen, in der einseitigen politischen und medialen Diskussion um die angebliche Bedrohung des Standorts Deutschland durch Terror, Extremismus, den Ansturm von schlecht ausgebildeten Wirtschaftsflichtlingen und fiesen Krankheiten, Flagge zu zeigen. Die hier vertretenen Schwerpunkte werfen freilich ein anderes Licht auf die Politik der inneren und äußeren Sicherheit, deren Leitlinien im Verlauf der IMK erneut festgelegt werden. Wenn wir mit unseren Beiträgen zu einer differenzierteren Betrachtung dieser Politik beitragen können, freuen wir uns. Vielleicht fühlen Sie sich nach der Lektüre ja auch motiviert, mehr zu tun. Zum Beispiel, in dem sie uns bei der Demonstration zur Innenministerkonferenz am 22. Juni begleiten. Die Notwendigkeit, sich gegen weitere autoritäre Maßnahmen der Innenminister und gegen die diesbezügliche

Gleichschaltung öffentlicher Meinung zu wehren, hat sich für uns, in den letzten Wochen ungeahnt brisant bestätigt.

Auf Grund unserer Mobilisierung zur Demonstration gegen die Innenministerkonferenz, sind wir verstärkt in den Fokus der Staatsbehörden geraten. So kam es in der Nacht vom 25. auf den 26. Mai zu Verhaftungen und einer Hausdurchsuchung. Angeblich wurden zuvor 2 junge Männer bei der Erstellung eines Graffitis beobachtet. Bei der Festnahme wurde eine Person von einem Zivilfahnderauto angefahren und im Anschluss von dem Beamten mehrfach mit dem Kopf auf den Boden geschlagen. Die Folge: ein gebrochener Finger und Kopfverletzungen. Noch in derselben Nacht wurde die WG, in der die beiden leben von ca. 10 Beamten auf den Kopf gestellt. Der Grund: Man habe einige Herren aus dem Polizeipräsidium, deren Arbeitgeber im übrigen Innenminister Boris Rhein ist, mit dem Vorhaben während der Innenministerkonferenz zu demonstrieren, stark verärgert. Man wolle nun jegliches Material, was gegen die in der WG lebenden Personen verwendet werden könnte, sicherstellen. Die Arbeit der Polizei war gründlich. Es wurden Speichermedien, Flugblätter, Papiere, Silvesterknaller und Zwei-

taktgemisch beschlagnahmt. Diese, vermutlich illegale Aktion der Staatbehörden wurde am nächsten Tag durch einen Hetzkanon der Presse aufgegriffen. Aus Silvesterböllern wurden Sprengkörper, mit denen Anschläge auf die Innenminister vorbereitet werden sollten, Zweitaktgemisch wurde zu Molotowcocktails aufgebraucht, die angeblich dem gleichen Zweck dienen und wir stehen plötzlich unter dem Generalverdacht des Terrorismus. Bei der Beteiligung an dieser Hetze hat sich insbesondere die Journalisten Katharina Iskander mit Ruhm bekleckert. Ihre Artikel in der FAZ waren zwar die phantasievollsten, gleichzeitig aber auch die hetzerischsten. So ist es kein Zufall, dass viele Personen aus ihrem weit verzweigten Verwandtenkreis in dieser Ausgabe mit anderen Meinungen zu Wort kommen. Sie werten die Geschehnisse als Versuch, unser Vorhaben, die die Politik der IMK am 22. Juni auf der Strasse zu kommentieren, im Vorfeld zu kriminalisieren. Der Vorfall steht exemplarisch für die Richtung, in die der Hase läuft, wenn wir die Herren Innenminister schalten und walten lassen...

Für uns ein Grund mehr, zu stören!

Viel Spaß beim Lesen

## Zur Demo rufen auf

AG 5 Marburg  
Antifaschistische Aktion Ulm-Neu-Ulm  
Anarchistische Gruppe Freiburg  
antifa [ko]  
Antifa Euskirchen/Eifel  
Antifaschistische Initiative Heidelberg  
antinationale.org (Saarland)  
APO-Ref des UStA der PH Freiburg  
ASTA TU Darmstadt  
ASTA Uni Frankfurt  
ASTA Uni Marburg  
autonome antifa [f]  
Autonome Antifa Heidenheim  
Bund Deutscher PfadfinderInnen  
Ortsgruppe Schwalbach  
Bündnis antifaschistischer Gruppen Hessen  
campusantifa frankfurt  
Emanzipatorische Gruppe Konstanz  
FAU-Gewerkschaft für alle Berufe Darmstadt  
FAU-Gewerkschaft für alle Berufe Frankfurt/M  
Fuego - Radikale Linke Alsfeld  
gruppe LISE erfurt  
Infoladen Aschaffenburg  
Internationalistisches Bündnis  
Jugendantifa Frankfurt  
Jugendantifa Wiesbaden  
Kurdische Jugend Frankfurt  
linksjugend [solid] Hessen  
Netzwerk Linker AktivistInnen [NLA]  
NoBorder Gruppe Frankfurt  
ÖkoLinX-Antirassistische Liste Frankfurt/M  
Ökologische Linke Frankfurt/M  
Sozialrevolutionäres Krisenbündnis Frankfurt  
U-ASTA der Uni Konstanz  
...umsGanze! Bündnis  
UStA PH Freiburg  
u.v.a.m.

## Wir sind alle, alle sind wir Gegen die Grenzen im Inneren und Äußeren

W. Iskander. Frankfurt präsentiert sich als weltoffene Stadt. Hier ist multi-kulti Alltag und Menschen verschiedener Kulturen leben fröhlich miteinander. Sogar auf zahlreichen CDU-Plakaten für die Kommunalwahlen sah man ein fröhliches Stadtbild mit unterschiedlichsten Menschen verschiedener Herkunft. Hier scheint Integration zu funktionieren. Das suggeriert, „Migrant\_innen“ wären in Frankfurt willkommen.

Gegenüber geschieht in Frankfurt die Durchführung einer der massivsten Ausgrenzungsformen: die Abschiebung von Menschen, die hier leben möchten, aber nicht den „richtigen“ Pass haben. Die Abschiebungen werden dabei immer gegen den Willen der Menschen vollzogen; oft sogar mit physischer Gewalt.

2010 wurden 3098 Menschen vom Frankfurter Flughafen abgeschoben. Frankfurt ist damit der bundesweite Spitzenreiter für Abschiebungen, gefolgt von Düsseldorf mit 924 Abschiebungen.

Zusammen gerechnet mit den innereuropäischen Abschiebungen würden sich die Zahlen sogar knapp verdreifachen. Es ist wichtig, die Fakten der Abschiebemaschinerie bei uns im Rhein-Main Gebiet - an unserem Flughafen - zu kennen,

doch eine reine Zahlenrechnung verstellt den Blick auf das Wesentliche: Jede Abschiebung ist eine zu viel!

Alle Menschen haben ein Recht darauf, selbstbestimmt leben zu können. Wir sind gegen eine gesellschaftliche Spaltung in „Die“ und „Wir“. Wir brauchen weder die 1. Klasse in der S-Bahn, noch Sammelunterkünfte wie das Containerlager in Oberursel. Am deutschen Stammtisch wird gejammert: „Alle aufnehmen, das geht doch nicht, dann ist am Ende noch mein Arbeitsplatz gefährdet.“ Dass die Flüchtlinge, denen verboten wird, legal zu arbeiten, nur 184,70 € erhalten, ist dem Otto-Normal-Rassisten zumeist unbekannt, statt dessen wird Flüchtlingen das Leben zur Hölle gemacht, damit sie es gefälligst woanders probieren. Hauptsache nicht dort, wo die Welt zu Gast bei Freunden ist. Denn: nur wer Deutschland hilft, Weltmeister zu werden, darf bleiben, wer nicht, wird rausgekickt. Doch: Wir sind alle, alle sind wir.

Das so genannte Asylbewerberleistungsgesetz ist Teil der systematischen Diskriminierung von „Nicht-Deutschen“ und damit Ausdruck des staatlichen Rassismus. So ist beispielsweise in vielen Landkreisen die Vergabe von Lebensmittel-

gutscheinen eine übliche Praxis. Menschen im Asylverfahren und jene, die mit einer Duldung leben müssen, erhalten somit nicht nur absolut weniger Sozialleistungen, sie werden auch bei jedem Einkauf mit den Lebensmittelgutscheinen als „anders“ gekennzeichnet.

Auch die Residenzpflicht fällt in den Zuständigkeitsbereich der Innenministerien. Die Existenz der Residenzpflicht, die die Bewegungsfreiheit zumeist auf die Landkreise der angeordneten Unterkunft beschränkt, ist den meisten Menschen mit dem Adler in der Tasche gar nicht bewusst. So ist für Betroffene zum Beispiel eine Fahrt von Wiesbaden nach Mainz zu Freunden oder Verwandten kein harmloser Ausflug über den Rhein, sondern eine Ordnungswidrigkeit, die beim dritten Mal mit bis zu einem Jahr Gefängnis geahndet wird. Und wer straffällig wird, gehört abgeschoben.

Diese gesetzlich verankerte „unsichtbare“ Grenze ist eine der vielen diskriminierenden Schöpfungen im Land der Ideen. Die Kriminalisierung von Migrant\_innen entspricht dem Programm der IMK. Vermehrt bedient sich die Polizei in den letzten Jahren des „Racial Profiling“. Diese angeblich „verdachtsunabhängigen Kontrollen“ und die

so genannten Raster- und Schleierfahndungen ermöglichen eine Kontrolle von Menschen auf Grund ihres Äußeren. Durch den Sicherheitswahn der Innenminister geraten wir alle ins Fadenkreuz der staatlichen Repressionsorgane. Allerdings entscheidet der uns jeweils zugeteilte staatsbürgerliche Status darüber, wie verheerend die jeweiligen Konsequenzen sind.

Die in Deutschland betriebene Illegalisierung von Menschen durch rassistische Sondergesetze zeigt, dass Deutschland weder bereit ist, Verantwortung für sein Handeln in der Vergangenheit, noch für das der Gegenwart zu übernehmen. Genauso wird verleugnet, dass Deutschland die Verhältnisse, aus denen die Menschen fliehen, mitzuverantworten hat: durch Kriege und Kolonialismus. Doch die eigene Profitgier und der Status als Wirtschaftsmacht zählen mehr, als die Leben und Lebensbedingungen von Hunderttausenden.

Die BRD weigert sich, die von ihr unterschriebene UN Charta der Menschenrechte für „Nicht-Deutsche“ umzusetzen. Der Staat, der sich als Musterbeispiel für Demokratie präsentiert, verfolgt eine Abschiebepolitik, in der die „unanastbare Würde des Menschen“ nicht vorkommt. Wir fordern, alle Grenzen, die sichtbaren und die unsichtbaren, die äußeren und die inneren abuschaffen und allen Menschen das Recht auf das Leben zu geben, das sie möchten.

Dem Rassismus keine Chance!

W. Iskander, NoBorder Gruppe Ffm

## Rechts ist nicht gleich Links

### Zum Begriff des politischen Extremismus

A. Iskander. Wenn sich die deutschen Innenminister vom 21. - 22. Juni in Frankfurt treffen, wird auch die Bekämpfung des so genannten „politischen Extremismus“ auf ihrer Agenda stehen. Hinter dieser Worthülse verbirgt sich ein Konzept, dass im Folgenden kurz erläutert werden soll.

Dem Extremismusbegriff liegt die Definition einer demokratischen, also guten Mitte der Gesellschaft zu Grunde. Diese wird in den Augen der Innenminister und MedienmacherInnen beständig von Extre-

misten jeglicher Couleur bedroht. Durch die Bezugnahme auf den Extremismusbegriff werden nationalsozialistische Ideologie und emanzipatorische Kritik häufig in einen Topf geworfen - eine Gleichsetzung, bei der es sich um groben Unfug handelt.

Trotzdem wird das kriminalisierende Vorgehen gegen antifaschistische und emanzipatorische Projekte immer wieder durch den Verweis auf deren vermeintlich extremistische Inhalte legitimiert. Erst kürzlich war dies anlässlich ei-

ner Demonstration in Dresden am 13. Februar zu beobachten. Nachdem ein Aufmarsch von mehreren tausend Neonazis durch antifaschistischen Protest verhindert werden konnte, wurde noch am selben Abend das Büro des aufrufenden Aktionsbündnisses durchsucht.

Doch auch ohne derartige staatliche Übergriffe ist der Extremismusbegriff problematisch. Das Konzept einer klar abgrenzbaren demokratischen Mitte ist bei genauerer Betrachtung nicht haltbar. Vielmehr ziehen sich die Elemente rechter Ideologie, also Rassismus, Antisemitismus, sexistische Rollenzuschreibung, autoritäre Ordnungsvorstellungen, etc. durch eben diese

vermeintlich demokratische Mitte der Gesellschaft. Verschiedene Studien belegen, dass rechte Einstellungen bei einem breiten Teil der Bevölkerung, unabhängig von der jeweiligen Parteizugehörigkeit, auf Zustimmung stoßen.

Auf bundespolitischer Ebene zeigt der demokratische Normalvollzug derweil durch Abschiebung von MigrantInnen und Gängelung von Erwerbslosen seine hässliche Fratze. Rechte Kräfte knüpfen lediglich an schon vorhandene ideologische Vorstellungen an und spitzen diese zu. Sie stehen somit nicht außerhalb der Gesellschaft, sondern sind in ihrer „demokratischen Mitte“ verankert.

# Die Wirtschaft profitiert von illegaler Beschäftigung

## Interview mit dem hessischen Innenminister Boris Rhein

Der hessische Innenminister Boris Rhein spricht im FS-Interview anlässlich der am 22. Juni in Frankfurt tagenden Innenministerkonferenz über Zuwanderung als „lebensnotwendig“ für die deutsche Wirtschaft, das Vorantreiben von Ausbeutung und Billiglohn und die Abschottung Europas gegen den Süden.

**Für welche Zuwanderungs- und Ausländerpolitik stehen Sie als Innenminister?**

Ich will eine Zuwanderungspolitik der offenen Arme für integrationswillige und leistungsstarke Migranten. Nur sie können angesichts der demoskopischen Entwicklung den Wohlstand deutscher Unternehmer und all ihrer Nutznießer gegenüber dem Rest der Welt absichern. Die Zuwanderung heller Köpfe und starker Arme ist für die deutsche Wirtschaft lebensnotwendig.

**Was heißt das konkret für die deutsche Abschiebepolitik?**

Ich habe mich bereits im vergangenen Jahr gemeinsam mit meinen Kollegen dafür ausgesprochen, bisher in Deutschland nur geduldeten Jugendlichen, sofern sie gute Schulnoten nachweisen, ein Bleiberecht zuzubilligen, auch wenn ihre Eltern

der deutschen Sprache nicht mächtig sind und wir sie mangels ungünstiger Arbeitsplatzprognose leider abschieben müssen.

**Das heißt, die Jugendlichen müssen bereit sein, sich von ihrer Familie zu trennen?**

Zunächst ja, allerdings gehe ich davon aus, dass die Eltern solcher Jugendlichen nach Überwindung einiger Hürden, die Möglichkeit haben, in unser Land zurückzukehren und auch ohne Papiere in der Lage sind, einer Beschäftigung nachzugehen.

**Worin liegen die Vorteile illegaler Beschäftigung in Deutschland?**

Ich möchte das Wort illegal in diesem Zusammenhang vermeiden. Es ist allerdings nicht von der Hand zu weisen, dass in Deutschland ganze Wirtschaftszweige von der Arbeit der derzeit 500.000 bis zu einer Million Beschäftigten ohne Arbeitserlaubnis profitieren.

**Welche Wirtschaftszweige sind das und wie profitieren sie?**

Weder eine profitable Landwirtschaft, noch die Bereiche Pflege, Gastronomie und Bau sind ohne einen gewissen Prozentsatz von Beschäftigten, für die sich Arbeitgeber die Sozialversicherungs- und Pflegebeiträge sparen können, denkbar. Hinzu kommt, dass Beschäftigte ohne Papiere in der Regel Hemmungen haben, ihre Rechte, zum Beispiel ihren Lohn einzuklagen, wenn er nicht in der vereinbarten Weise ausgezahlt wurde.



**Boris Rhein**  
Foto:  
Dontworry  
Creative  
Commons-  
Lizenz

**Wie erklären sie sich diese Hemmungen?**

Vor deutschen Gerichten müssen im Klagefall Angaben zur Identität und zum Aufenthaltsstatus gemacht werden. Ist dieser nicht gegeben, werden die Personen abgeschoben, d.h. in ihr Herkunftsland verbracht. Ein Risiko, dass Menschen ohne Papiere zum Glück nur ungern eingehen.

**Sie haben eben die Vorteile illegaler Beschäftigung für ganze Wirtschaftszweige beschrieben. Wie passt die Öffnung des Arbeitsmarktes nach Osten in dieses Konzept und ist sie überhaupt notwendig?**

Ja, ist sie. Sie flankiert das Konzept der statuslosen Beschäftigung nachhaltig. Dadurch, dass wir gezwungen sind, die Zuwanderung aus bestimmten Ländern zu reglementieren, benötigen wir zusätzliche kostengünstige Arbeitskräfte, die der deutsche Arbeitsmarkt nicht hergibt. Mit der „Ost-Öffnung“ des Arbeitsmarktes ist es nun möglich polnische, slowakische, ungarische und baltische Arbeitskräfte in Deutschland zu osteuropäischen Löhnen arbeiten zu lassen.

**Können sie die Notwendigkeit der Abschottung gegenüber außereuropäischen Ländern erläutern?**

Natürlich gibt es auch in Afrika und in den arabischen Ländern gut ausgebildete Leute, aber eben nicht nur. Derzeit begehren auch viele, für die Anforderungen der deutschen Wirtschaft unzureichend ausgebildete Menschen aus wirtschaftlichen Gründen Einlass in unser Land. Existenznot kann für uns im Bezug auf unsere Einwanderungspolitik und mit Blick auf die Wirtschaft jedoch nicht das maßgebliche Kriterium sein. Wir benötigen zum einen Menschen, die sich unserer christlich geprägten, abendländischen Kultur anpassen, zum anderen solche, die gut qualifiziert sind. In Osteuropa existiert ein bisher noch nicht ausgeschöpfter Pool an derartigen Arbeitskräften. Die Öffnung des Arbeitsmarktes hilft uns, diesen produktiv und rentabel zu nutzen.

**Welche Auswirkungen hat die Öffnung des Arbeitsmarktes auf die Lohnentwicklung in Deutschland?**

Ich prognostiziere hier eine für die Wirtschaft sehr positive Entwicklung. Angesichts der Konkurrenz durch kostengünstige osteuropäische Arbeitskräfte, flankiert durch die dosiert eingesetzte Beschäftigung von Menschen ohne Arbeitserlaubnis, werden die Löhne in Deutschland in den nächsten Jahren weiter sinken. BA-Chef Franz-Jürgen Weise betätigte meine Meinung unlängst öffentlich, indem er insbesondere eine weitere Senkung

der Löhne in der Zeitarbeitbranche vorhersagte.

**Haben sie eine Einschätzung zu den Gefahren, die sich angesichts einer weiteren Segmentierung und Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse aus Sicht der Beschäftigten ergeben?**

Griechische Verhältnisse zeigen derzeit durchaus die Gefahr einer Zunahme sozialer Kämpfe. Für uns als Innenminister hat deshalb sowohl die frühzeitige Bekämpfung von politischen Extremisten, als auch die Investition in die Aufrüstung der Mittel der inneren Sicherheit, wie zum Beispiel die der staatlichen Überwachung, oberste Priorität.

**Vielen Dank!**

Dieses Interview wurde nicht geführt von: D. Iskander, FAU – Frankfurt

**Zur Person**

Boris Rhein amtiert seit dem 31. August 2010 als hessischer Innenminister. Seit Anfang des Jahres ist Rhein Vorsitzender der ständigen Inneministerkonferenz (IMK). Die Frankfurter CDU führt Boris Rhein seit 2008. In der von der Umweltorganisation Deutsche Umwelthilfe für 2011 veröffentlichten Dienstwagenumfrage war Rheins Dienstwagen, ein Audi A8 6.0 quattro, das Fahrzeug mit dem höchsten CO<sub>2</sub>-Ausstoß aller Dienstwagen deutscher Minister.

# Godzilla kommt...

...der Boden bebt, fühlbar in der ganzen Stadt. Der Lärm von Sirenen dringt ans Ohr. Panik liegt in der Luft. Massen flüchtender Menschen rennen und fahren wild durcheinander. Schüsse. Irgendwo eine Explosion. Ein Schrei, laut, ohrenbetäubend laut, schallt durch die ganze Stadt. Beim Klang dieses infernalisches Gebrülls bleibt das Durcheinander aus Menschen kurz stehen. Das Beben wird heftiger. Wieder ein Schrei, diesmal noch lauter, näher. Godzilla kommt...

Ein eher unwahrscheinliches Szenario. Geradezu absurd. Dennoch eine Katastrophe. Zum Glück gibt es in Hessen den Krisenstab der Landesregierung. Den „Krisen- was?“ mag sich nun manch geehrte\_r Leser\_in fragen. Den Krisenstab. Dieses „bundesweit einmalige“ Glanz- und Prunkstück, 2005 unter Roland Koch und Volker Bouffier eingerichtet, soll dazu dienen, „schnell und koordiniert“ auf Katastrophen reagieren zu können.

Seinen Sitz hat der Stab in Wiesbaden. Er ist mit 150 Angestellten und Vertreter\_innen der Feuerwehr, Polizei, Bundeswehr, der Fachministerien und modernster Technologie ausgestattet. Zusammengefasst sitzt also die gesamte Exekutive inklusive der

Repressionsorgane der Landesregierung (+ Bundeswehr) unter dem Vorsitz des/der Minister\_in des Innern und für Sport (HMdIS). Neben dem Vorsitz gibt es noch einen Leitungsstab, der sich aus den Ressorts wie Katastrophenschutz zusammensetzt. Die letzte Entscheidungsgewalt liegt jedoch in den Händen des Vorsitzes. Diese kann einzig durch eine Kabinettsentscheidung oder durch die/den Ministerpräsident\_in aufgehoben werden. Was heisst das konkret?

Im Falle einer Krise schlägt der/die Minister\_in des HMdIS dem/der Ministerpräsident\_in die Einberufung des Krisenstabs vor. Bei Zustimmung tritt dieser in Aktion. Hier werden alle Gegenmaßnahmen und die Informierung der Öffentlichkeit von Beginn bis Ende der „Krise“ koordiniert.

Ein Beispiel aus einer Übung 2009: Eine Pandemie bricht aus! Medikamente, Impfstoffe, Atemschutzmasken werden bestellt; die Krankenhäuser alarmiert; eine Demonstration vor dem Werk eines Pharmakonzerns muss niedergeschlagen werden; Informationen werden gezielt durch den Leitungsstab veröffentlicht. Und schon ist die Bevölkerung ruhig oder hat Pfeffer-spray im Gesicht, die Medien sind im Bilde (oder zumindest haben sie ein Bild bekommen) und die medizinische Versorgung ist gesichert.

Manch eine\_r mag sich über dieses entschlossene Vorgehen freuen. Pandemien gibt es schliesslich öfters mal (Vogelgrippe, Schweinegrippe, Rinderwahnsinn, Killerhühner), Unwetter kommen ebenfalls von Zeit zu Zeit vor. Da ist es doch schön,

zu wissen, dass sich um die Bevölkerung gekümmert wird.

**Flecken im Gewand?**

Nicht, dass das Krisenzentrum dazu berechtigt wäre, die Grundgesetze ausser Kraft zu setzen, aber es kann sie einschränken (zumindest laut eigener Aussage). Während der Pandemie – Übung gab es zum Beispiel den Vorschlag, für ein generelles Versammlungsverbot – schließlich muss man nach dem Niederknüppeln einer Demo dafür sorgen, dass es ruhig bleibt. Neben der „Einschränkung“ der Grundrechte ist das Missbrauchspotential durch die klare Machtposition des/der Minister\_in des HMdIS und des/der Ministerpräsident\_in klar zu erkennen.

Ins „Extreme“ steigert sich dieser Aspekt noch durch die unklare Definition der Begriffe „Krise“, „Großschadenslagen“ und „Katastrophen von landesweiter Bedeutung.“ Diese implizieren Umweltkatastrophen, Terroranschläge, Kriege, Unruhen, technische Ausfälle, etc.. Ausser einem Verweis auf eine „Gefahrenanalyse“ fehlt jedoch eine klare Richtlinie. Wenn nun die nächsten Castor – Transporter loslegen und durch Hessen fahren, oder nach Hessen - wenn tatsächlich ein „Endlager“ eingerichtet wird – sind Anti – AKW Proteste sicher. Angeheizt durch die Vorfälle in Fukushima und tatsächliche Spannungen könnte man die Proteste zur Krise stilisieren und dann „schnell und koordiniert“ eingzugreifen, bevor die Proteste sich radikalisieren.

Konkret heißt das: durch massiven Polizeieinsatz und gezielte (Des-) Information die „Lage unter Kon-

“Die tun nichts, die wollen nur spielen...”



trolle“ bringen und ein generelles Versammlungsverbot aussprechen. Falls das nicht reichen sollte, könnte dann noch die Bundeswehr hinzugezogen werden.

**Polizeigewalt? Das war doch bestimmt gerechtfertigt.**

Sicherheit ist dabei Schlagwort. Als Versprechen an die Bevölkerung gerichtet, ist es doch in Wahrheit eine Drohung. Wer sich widersetzt, an dieser Arbeitsgesellschaft zweifelt, oder einfach Pech hat und durch „Umstrukturierungen“ arbeitslos wird, kriegt dies in vollem Umfang zu spüren. Doch nicht nur die angedrohten Repressionen spielen eine Rolle. Im Vertrauen auf den Staat und seine Apparate und die unerschütterliche Konstante Marktwirtschaft lässt sich der/die Bürger\_in einiges gefallen, um sich zum Beispiel vor „Extremisten“ unterschiedlicher Spielart zu schützen.

Durch neue Gesetze („Terroabwehr), Sicherheitsvorkehrungen („Nacktschanner“), Zensus, Vorratsdatenspeicherung und vieles mehr formiert sich ein Monstrum an Staat, der versucht alles und jede\_n unter Kontrolle zu haben.

Doch der Gedanke des Widerstands

- gegen Schikanen, Videoüberwachung, Abschiebungen, ein Leben in Armut, Polizeigewalt wird nicht nur durch die Androhung von Gewalt unterbunden. Die Kontrollmechanismen sind vor allem auch propagandastischer Art. Kampagnen wie „Du bist Deutschland“ oder der „Partynationalismus“ der WM, versuchen die Menschen in immer neuen Variationen der selben alten Leier ins nationale „Team Deutschland“ einzubinden. Auf der anderen Seite findet eine mediale Verdammung aller Formen des Widerstands gegen den alltäglichen Terror statt.

**Halt's Maul und arbeite!**

Der Krisenstab der Landesregierung steht natürlich nicht alleine im Felde des Sicherheitsdiskurses der BRD. Die jährlich stattfindende IMK, der 2009 veröffentlichte Plan zum Schutz kritischer Infrastrukturen (KRITIS), der NPSI (nationaler Plan zum Schutz der Informationsstrukturen). Alle diese Maßnahmen dienen dazu, das Credo dieser Gesellschaft auch in Krisenzeiten durchzusetzen.

Wer nicht arbeiten kann, will oder darf, hat Pech gehabt. Den trifft die „Sicherheit“ in vollem Maße.

T. Iskander, Campusantifa Frankfurt

# „Zivil-Militärische Zusammenarbeit“ auf dem Vormarsch

## Militär sorgt für Innere Sicherheit – wem nützt es und wen schützt es?

Die BRD befindet sich permanent im Krieg; aktuell in 11 Ländern rund um den Globus. Zum Kriegführen braucht es Personal und gesellschaftliche Akzeptanz, kurz: die Mobilmachung im Innern. Deshalb ist die Bundeswehr allgegenwärtig im Arbeitsamt und auf den Berufsmessen, in den Schulen und Universitäten und nicht zuletzt bei allen großen öffentlichen Events, wie zum Beispiel beim Hessentag in Oberursel. Deshalb zelebriert die Truppe öffentlichkeitswirksam den Kampf gegen Naturkatastrophen, Seite an Seite mit dem THW, dem DRK, den Feuerwehren und den betroffenen Bürger/innen. Tatsächlich aber geht der Einsatz der Bundeswehr im Inneren wesentlich weiter.

Im 2006 von der Bundesregierung verabschiedeten „Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ ist folgendes über die Inlandseinsätze der deutschen Streitkräfte zu lesen: „Die Abwehr terroristischer und anderer asymmetrischer Bedrohungen innerhalb Deutschlands ist

vorrangig eine Aufgabe der für die innere Sicherheit zuständigen Behörden von Bund und Ländern. Jedoch kann die Bundeswehr zu ihrer Unterstützung mit den von ihr bereitgehaltenen Kräften und Mitteln immer dann im Rahmen geltenden Rechts zum Einsatz kommen, wenn nur mit ihrer Hilfe eine derartige Lage bewältigt werden kann. Militärische Kampfmittel dürfen dabei bislang nicht eingesetzt werden. Hier sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit einer Erweiterung des verfassungsrechtlichen Rahmens.“

Von wem nach Ansicht der Regierenden die terroristischen und asymmetrischen Bedrohungen ausgehen, ist den „Informationen für die Truppe“ zu entnehmen: „Chaosgruppen, wie die Globalisierungsgegner“. Erste Erfolge bei deren Bekämpfung waren bereits zu verzeichnen. Geschützt von meterhohem Stacheldraht, Militärpolizei, Panzern und Kampfjets konnten 2007 die Vertreter der G8-Staaten im idyllischen Heiligendamm ihre Raubzüge und Kriege planen. Beim

Protest gegen die Castortransporte 2010 durfte die Bundeswehr ihr neuestes Kriegsgeschütz, ein unbemanntes Flugobjekt, eine Drohne, zum Einsatz bringen. Allerdings lediglich zur Feinderkennung; die Eliminierung feindlicher Kombattanten ist bisher nur im „Auslandseinsatz“ erlaubt – was sich aber, siehe „Weißbuch“, möglichst bald ändern soll: Zukünftig will man auch auf Rebellen im Inland schießen.

Parallel dazu wird seit 2005 von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt eine ständige flächendeckende Struktur installiert, die die reibungslose Kooperation von Militär, Polizei, Hilfs- und Rettungsdiensten gewährleisten soll. Unter dem Etikett „Zivil-Militärische Zusammenarbeit“ (ZMZ) hat die Bundeswehr 480 „Verbindungskommandos“ in Ländern, Landkreisen und kreisfreien Städten eingerichtet. Die neuen „Verbindungskommandos“ sind ständige Mitglieder der regionalen Krisenstäbe und setzen sich vorrangig aus Reservisten zusammen. Unterge-

bracht sind die Kommandos in den Räumen ziviler Behörden – etwa in den Rathäusern. Entstanden ist auf diese Weise eine Reservarmee von 5.000 Soldaten für den Inlandseinsatz; bis zu 100.000 sollen es werden.

Immer wenn von den Herrschenden der Begriff der Inneren Sicherheit bemüht wird, geht es ihnen um ihre Sicherheit – also um Aufstandsbekämpfung. Verdient um Sicherheit und Aufstandsbekämpfung machte sich etwa Herr Müller von der Commerzbank, die ja bekanntlich ihren Hauptsitz in der Global City und Bankenhauptstadt Frankfurt am Main hat. Klaus-Peter Müller ist nicht irgendwer, sondern Aufsichtsratsvorsitzender seines Geldhauses, Honorarprofessor an der Frankfurt School of Finance & Management und Mitinitiator des sogenannten Celler Dialogs, der von 2007 bis 2009 stattgefunden hat. Hier hat Herr Müller vor hochrangigen Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Militär seine Vorstellungen von „Gefahrenabwehr“ vorgetragen.

Als Horrorszenario erschien ihm eine Situation, in der die „Funktionsfähigkeit des Finanzsystems“ bedroht ist und es „im schlimmsten Fall zu einem Run auf die Bankenshalter und zum Zusammenbruch der gesamten Geld- und Währungsordnung“ kommt. Für diesen Fall hat die Commerzbank schon lange vor der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise vorgesorgt; stolz erklärt sie:

„Im Rahmen der militärisch-zivilen Zusammenarbeit ist einer unserer Mitarbeiter im Range eines Majors der Reserve einer von drei Offizieren des Kreisverbindungskommandos Frankfurt, das bei Krisen die Unterstützung der Bundeswehr organisiert.“

Diese „Verbindungskommandos“ wiederum proben generalstabsmäßig den von Herrn Müller beschriebenen „Ernstfall“ – trainiert werden unter anderem „Erreichbarkeit und Einsatz von Schlüsselpersonen bei Ausfall großer Teile der üblichen Infrastruktur oder der Belegschaft“.

**N. Iskander,**  
Internationalistisches Abrüstungsteam



## Das Böse lauert überall!

### „Gefährdungen unserer Sicherheit“

Ein großes Thema der Innenministerkonferenz wird der Umbau der Bundeswehr sein. Hier gibt es neue spannende Vorlagen aus dem Verteidigungsministerium.

**N. Iskander.** Endlich sind sie da: die neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ – verkündet vom amtierenden Verteidigungsminister und vormaligen Innenminister de Maiziere. Passenderweise wurden sie kurz vor der Innenministerkonferenz präsentiert, damit sich die Herren (!) Innenminister überlegen können, wie sie ihr Volk vor all dem Bösen, das da draußen so lauert, schützen können. In der Tat sind die in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ identifizierten „Risiken und Bedrohungen“ außerordentlich zahlreich: Sie umfassen die „Verknappung ... bei der Versorgung mit natürlichen Ressourcen und Rohstoffen“ ebenso wie „Seuchen und Epidemien“ – doch damit nicht genug: Auch „Migrationsentwicklungen“ werden als „Gefährdungen unserer Sicherheit“ verstanden.

Nach guter alter Kolonialherren- und Imperialistenmanier gilt die Welt samt den auf ihr lebenden

Menschen einmal mehr als Ausbeutungs- und Verwertungsobjekt – für Bodenschätze und billige Arbeitskräfte darf wieder Krieg geführt werden. Armutflüchtlinge hingegen werden selbstverständlich nicht geduldet; sie gelten als ähnlich gefährlich wie todbringende Krankheitserreger. Von hier bis zur Stigmatisierung von Menschen und Menschengruppen als Träger von Seuchen und Epidemien ist es nur noch ein kleiner Schritt – ein Schritt, der in der deutschen Geschichte bereits einmal getan wurde.

Um die identifizierten „Gefährdungen unserer Sicherheit“ zu bekämpfen, wird die Bundeswehr zur professionellen, jederzeit weltweit einsatzfähigen Interventionsarmee umgebaut. Das Motto dieses Umbaus lautet de Maiziere zufolge „Nationale Interessen wahren – Internationale Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten“.

Was passiert, wenn Deutschland seine nationalen Interessen wahrt und internationale Verantwortung übernimmt, war erst unlängst zu beobachten: Im nordafghanischen Talokan schossen Bundeswehrsoldaten einen Demonstrationszug aufgebracht zusammen und töteten gemeinsam mit lokalen „Sicherheitskräften“ et-

wa 20 Menschen. Zur Erinnerung: Nicht einmal zwei Jahre ist es her, da gab ein deutscher Oberst den Befehl, zwei Tanklaster zu bombardieren, die von afghanischen Aufständischen nahe Kunduz geraubt worden waren. Die Räuber waren zum Zeitpunkt des Bombardements längst nicht mehr vor Ort, dafür jede Menge Jugendliche aus den umliegenden Dörfern, die die Gelegenheit nutzen wollten, um billigen Sprit für ihre verarmten Familien abzustauben. Ergebnis: 140 Tote.

An Rechtfertigungen für die beschriebenen Massaker deutscher Truppen herrscht kein Mangel. So ließ das Bundesverteidigungsministerium gleich nach dem Bombardement von Kunduz verlauten, die Aufständischen hätten beabsichtigt, die Tanklaster als „rollende Bomben“ einzusetzen. Aktuell heißt es, „bei dem Aufruhr in Talokan habe es sich um eine gezielte Provokation der Aufständigen und damit um eine neue Taktik der Taliban gehandelt“ (siehe FR vom 21.05.). Die Aufständigen werden somit kurzerhand gemäß dem gängigen Feindbild allesamt zu „Taliban“ erklärt. Die Bundeswehr hingegen habe sich lediglich „verteidigt“.

Das Stilisieren von Tätern zu Opfern und von Opfern zu Tätern hat in Deutschland Tradition. Die Frage ist nur, wann auch die Innenminister wieder auf Demonstranten schießen lassen.

**Internationalistisches Abrüstungsteam**

## Was sie schon immer über LÜKEX und Co wissen wollten

### Wo Sicherheit draufsteht, ist Aufstandsbekämpfung und Militarisierung der Gesellschaft drin

**N. Iskander.** Die Bundeswehr übt den Krieg im Inneren in ihrem „Gefechtsübungszentrum“ bei Magdeburg; trainiert werden Häuserkampf und die Kontrolle von Menschenmengen. Unser schönes Bundesland Hessen verfügt über ein ständiges „Krisenzentrum“ mit Sitz in Wiesbaden. Unter Führung von Innenminister Boris Rhein wird auch hier der innere Ausnahmezustand trainiert – in trauter „Zivil-Militärischer Zusammenarbeit“ von Hilfs- und Rettungsdiensten, Polizei und Militär.

Seine Funktionsfähigkeit stellte das hessische „Krisenzentrum“ zuletzt 2009 im Rahmen einer so genannten Pandemie-Übung unter Beweis. Auf dem Programm stand dabei die Bekämpfung der sozialen Auswirkungen einer landesweiten Seuche, die wahlweise auf natürliche Ansteckung oder einen „bioterroristischen Anschlag“ zurückgeführt wird. Im Einzelnen lag dem zivil-militärischen Manöver folgendes Szenario zugrunde, dessen rassistischer Unterton nicht zu überhören ist: „Die Welt wird seit Wochen von einer todbringenden Seuche heimgesucht. Von Asien aus breitet sich das H7N2 Virus unaufhaltsam in West-Europa aus. Die Zahlen der Erkrankungen und Todesfälle steigen dramatisch an.“ In Folge der Grippewelle sei auch das „Straftatenaufkommen“ in Hessen stark angestiegen, hieß es weiter. So gäbe es vermehrt Gesetzesverstöße, „die im Zusammenhang mit der Pandemie stehen“ – etwa „Raubdelikte zur Erlangung von Medikamenten“, Demonstrationen vor Pharma-Unternehmen und „Plünderungen“.

Für die „Zivil-Militärische Zusammenarbeit“, ihre Intensivierung und Verankerung in der Gesellschaft nehmen solche Übungen einen zentralen Stellenwert ein: Damit das, was in Hessen so gut

funktioniert, auch in allen anderen Bundesländern klappt, wurde auf der Innenministerkonferenz 2002 eine „neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung“ beschlossen. Seit 2004 fanden in diesem Zusammenhang insgesamt vier so genannte LÜKEX-Manöver statt; LÜK steht dabei für „Länderübergreifendes Krisenmanagement“, EX für „Exercise“ (englisch: Übung). Analog zum Hessischen Krisenzentrum befasste man sich hier bereits 2007 mit den sozialen Auswirkungen einer Pandemie. Andere Szenarien waren „Stromausfälle“ und „Terroranschläge“ – etwa mit einer „Schmutzigen Bombe“, die bei ihrer Explosion radioaktives Material in der Umgebung verteilt.

In einem Werbeflyblatt des für die Durchführung von LÜKEX verantwortlichen Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe wird das übergeordnete Ziel der Übungsserie genannt; es gehe darum, „die Übungskultur im Bereich des strategischen Krisenmanagements aufgrund der neuen Sicherheitsforderungen nachhaltig weiterzuentwickeln“. Das Training für soziale Unruhen bis hin zum Bürgerkrieg soll effizienter werden.

In diesem Jahr widmen sich die LÜKEX-Organisatoren der „IT-Sicherheit“. Was darunter zu verstehen ist, wurde bereits unmissverständlich klargemacht: Auf Betreiben der französischen Regierung klemmten die deutschen Behörden den Server der Piraten-Partei ab.

Den Ermittlern ging es um das so genannte Piratenpad, mit dem Hackerangriffe gegen französische Energieunternehmen möglich sein sollen. Der Widerstand ließ indes nicht lange auf sich warten: Im Gegenzug wurde die Internetseite des Bundeskriminalamts (BKA) von Hackern erfolgreich stillgelegt.

Auch für einen solchen Fall muss jetzt wohl trainiert werden – in Hessen und bundesweit.

**Internationalistisches Abrüstungsteam**